

## spotlight europe

# 2009/04 – April 2009

# Europas neue Story

Joachim Fritz-Vannahme

Bertelsmann Stiftung, joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de

Seit dem Fall der Mauer wurde Europa in neuer Einheit geordnet. Erweitern und Vertiefen bestimmten in dieser Zeit die Politik der Europäischen Union. Heute ist die Erweiterung über ihren Höhepunkt hinweg, und die Vertiefung durch Vertragsreformen will auch nach mehrfachem Anlauf nicht gelingen. Doch die Welt wartet nicht auf ein Europa: Die Union muss ihre Politik an neuen Leitbegriffen ausrichten.

spotlight europe # 2009/04

Die alten Leitbegriffe Erweitern und Vertiefen haben ihre Zeit gehabt. Aber sie taugen nicht, um den Herausforderungen einer globalisierten Welt gerecht zu werden, die seit dem April 2009 von der Formel G-20 symbolisiert wird – einer neuen Form des Multilateralismus, die zwar noch keine Einigkeit, wohl aber ein offenes Gespräch über die Gestaltung der Globalisierung einfordert. Jene alten Leitbegriffe waren auf das große Europa als geeintem Kontinent von Frieden und Freiheit gemünzt, waren also nach innen gerichtet.

Heute warten andere Aufgaben: Will die Europäische Union auf die globalen Herausforderungen antworten, benötigt sie dafür dringend welthaltige Leitbegriffe für ein neues Narrativ. Der britische Politik-

wissenschaftler Timothy Garton Ash etwa hat dies in jüngster Zeit mehrfach ange mahnt: „[The European Union today is 27 states in search of a story](#)“, schrieb er etwa zu Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 im „Guardian“.

Was Ash schmerzlich vermisst, ist freilich längst vorhanden: Dies ist die Kernthese dieses Spotlight Europe. Denn die Suche nach dem neuen Narrativ wird längst von Erfolg gekrönt. Nur merken die Politiker und Bürger der Union oft nicht, dass diese Story, dieses Narrativ vor ihren Augen bereits Wirklichkeit wird.

## Solidarität und Selbstbehauptung

Die neuen Leitbegriffe sind Solidarität und Selbstbehauptung. Die Notwendigkeit einer europäischen Selbstbehauptung ergibt sich von selbst aus dem eben Gesagten. Warum aber dieses Wort so eng verknüpfen mit dem Begriff der Solidarität?

Weil Selbstbehauptung nicht von selbst zu bekommen ist. Europa muss dafür etwas tun und die eigene Stärke im politischen Alltag stets neu erzeugen – durch solidarisches Handeln.

Das Kerngeschäft und die Kernidee der Union ist Solidarität – und das auf vertrackte Weise von Geburt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 an. So lässt sich nicht nur der damals geschaffene Europäische Sozialfonds verstehen, sondern sogar die lange alles beherrschende Gemeinsame Agrarpolitik – mit der expliziten Aufgabe, den Landwirten ein angemessenes Auskommen zu sichern. Die Vergemeinschaftung dieser Politik – was ist sie anderes als ein Akt, der Solidarität begründet und zugleich allen Beteiligten abverlangt? Ein anderes Beispiel gelebter und nicht bloß gefühlter Solidarität ist der Euro, der alle seine Mitglieder aufs selbe Regelwerk verpflichtet und zugleich jedem einzelnen klar macht, dass er für den gemeinsamen Erfolg zu arbeiten hat.

### „Die EU trainiert für die multipolare Zeit.“

Solche Instrumente und Institutionen erzeugen im Alltag Solidarität, und im Krisen- und Konfliktfall erzwingen sie diese sogar. Das Wort meint also in diesem Zusammenhang nicht ein Gefühl der Sympathie, sondern die von Eigennutz beförderte Einsicht, dass in der EU die Regel der drei Musketiere oberstes Gebot ist: Einer für alle, alle für einen. Wer diese Regel bricht, schwächt sich und das Ganze. Wer die

gemeinsame Solidarität aushöhlt, der untergräbt die Aussichten auf Selbstbehauptung – die eigene wie die gemeinsame. So besehen ergibt sich eine polit-logische Reihe für das einzig sinnvolle und aussichtsreiche Vorgehen Europas auf globalem Parkett: Die Union muss nach geeigneten Instrumenten und Institutionen suchen, um nach innen jenes Maß an Solidarität zu erzeugen und zu garantieren, das nach außen ihre Selbstbehauptung ermöglicht und verstetigt.

Vielleicht hilft hier ein Vergleich mit anderen Akteuren auf globalem Parkett weiter, gleichsam als Spiegelung des europäischen Profils. Denn in China, Russland oder selbst den Vereinigten Staaten gehorcht die Selbstbehauptung anderen, eben nationalen, häufig auch nationalistischen Regeln. Kein Präsident Medwedew wird im russischen Föderationskreis Fernost oder Wolga die Gouverneure um ihre Meinung fragen, ehe er seine Politik gegenüber Washington formuliert. Ein Barack Obama wird nicht mit Kaliforniens *Governor* Schwarzenegger telefonieren, ehe er zu einem Nato-Gipfel reist. Und Vorsitzender Hu Jintao muss keinen der Hierarchen der Provinzen Yunnan oder Sichuan auch nur um Stellungnahme bitten, ehe er seine Außenpolitik definiert.

Diese Methode zentralistischer Entscheidung wird gern als Zeichen der Stärke gewertet – und den abstimmungsgeleiteten Europäern darum als Schwäche vorgeworfen. „Europa – welche Telefonnummer?“ spottete einst Henry Kissinger. Er selbst spricht heute aus gutem Grund nicht mehr so, wird aber von entnervten europäischen Bürgern, Politikern und Kommentatoren fleißig weiter zitiert. Doch ist der mühsame und unelegante Prozess einer permanenten Abstimmung unter 27 Partnern nicht das beste Training für den Auftritt auf der Weltbühne in einer multipolaren Zeit? Eine neue Weltordnung, die den Namen auch verdient, wird nach Regeln geformt werden, nach denen auch die EU konstruiert ist und lebt: Multilateralismus, geeinte und dabei geteilte Souveränität,

gemeinsame Regeln und Normen, ein politisch eingehogter Markt, Respekt vor dem Anderen. Im Umkehrschluss freilich gilt auch: Sollte es stattdessen zur großen Weltunordnung kommen, wird kein Akteur davon so tief getroffen werden wie die EU. Denn ihre Raison d'être hätte sich dann als globalisierungsuntauglich erwiesen.

## II

### Eine Stimme für die EU

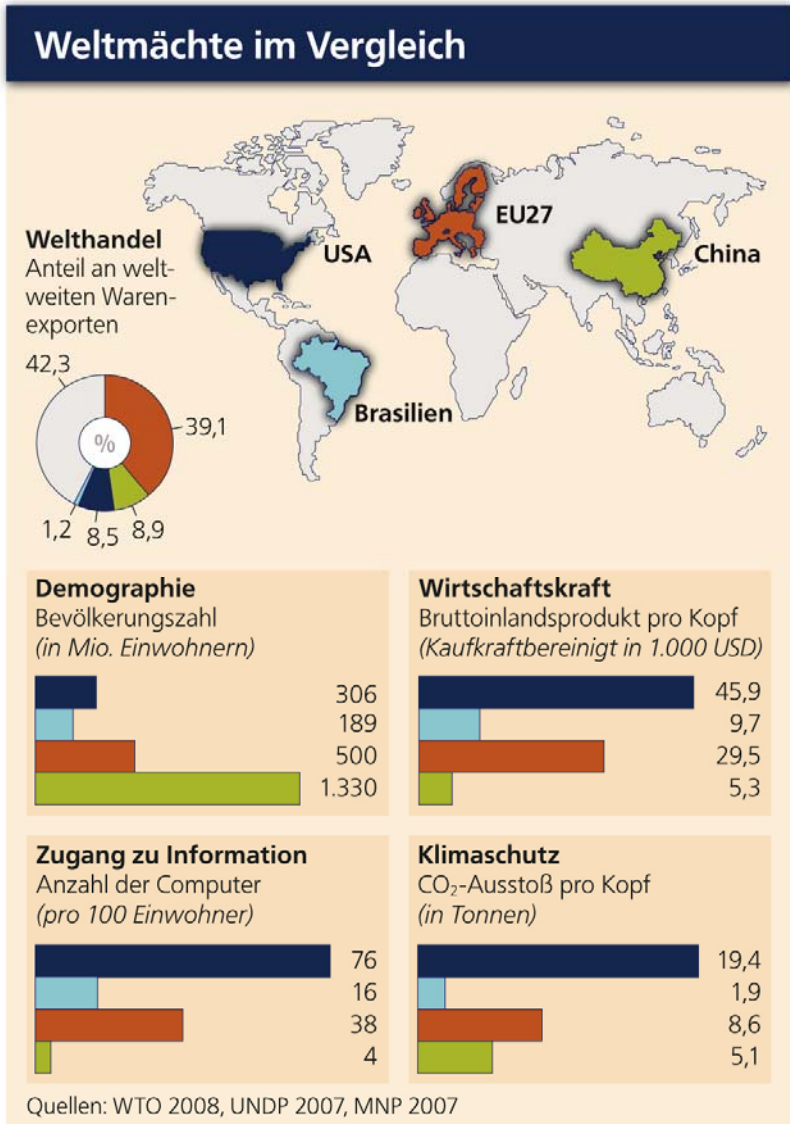
Wer sich als Europäer heute behaupten will, der kann sich keinen andauernden Streit, keinen spürbaren Mangel an Solidarität mehr leisten - und damit auch nicht eine längere Auszeit zur Abstimmung gemeinsamer Positionen. Ein einiges Europa in der Welt braucht darum ebenso willige und willensstarke Akteure in den eigenen Hauptstädten wie auch gemeinsame, approbierte Verfahren und Institutionen in der Brüsseler Zentrale der Gemeinschaft, die diesen Willen gestalten und beschleunigen helfen.

Besitzt die EU in ausreichendem Maße die nötigen Mittel und Instrumente, sich in einer komplexen, globalisierten Welt der vielen Mitspieler und Kulturen selbst zu behaupten? Nein, beklagen die meisten Kommentatoren. Ja, lautet hier die Antwort.

Jetzt soll nicht gleich wieder der europäische Außenminister eingefordert werden, der im Vertrag von Lissabon nicht so heißen darf, aber in der Praxis, wenn denn der Vertrag

noch kommen sollte, genau so auftreten wird. Nein, blicken wir fürs erste zum Beispiel auf die Doha-Welthandelsrunde. WTO-Chef Pascal Lamy berichtet, dass trotz Stillstand in 80 Prozent aller Streitfragen inzwischen Einigkeit bestehe. Die letzte Tagung scheiterte am indischen und amerikanischen Veto, beim nächsten Mal könnte es nach dem Wechsel in Washington besser enden.

Verhandelt hat hier im Namen der Europäer der EU-Kommissar für Handel. Gewiss gab es da, vor allem aus Paris, auch schon mal Kritik an dessen Vorgehen.



© Bertelsmann Stiftung

Aber das Verfahren bleibt unangetastet, die EU spricht mit einer Stimme. Washing-

ton, Delhi, Kairo wissen genau, wen sie anzurufen haben.

Wenn die EU sich in Handelsfragen derart einig zeigt – warum dann nicht auch andernorts? Der ehemalige Präsident des Internationalen Währungsfonds und heutige deutsche Bundespräsident Horst Köhler beispielsweise forderte in seiner [Berliner Rede](#) im März 2009 die Europäer auf, „ihre Interessen im IWF und in der Weltbank in einem Sitz zu bündeln“.

Und wenn die Europäer schon dort ihre Energien in einem Sitz und einer Stimme bündeln würden – warum dann nicht auch gleich in den Vereinten Nationen? Das steht nicht auf der Tagesordnung und würde die Interessen der europäischen Nuklearmächte Frankreich und Vereinigtes Königreich beschädigen? Doch nur, wenn man die Welt weiter in den Begriffen und Größenordnungen von 1945 denkt. Weshalb soll die Weltorganisation über sechs Jahrzehnte nach ihrer Gründung – im Zeichen von Spätkolonialismus und aufziehendem Kalten Krieg – eigentlich noch Absprachen gehorchen, die aus einer fernen, fremden Zeit stammen, Absprachen, die damals 51 Nationen trafen und denen heute 192 gehorchen sollen? Ein Ethos der heraufziehenden Weltgesellschaft wird sich in neuen Regeln niederschlagen müssen: Die Europäer würden nach innen – Solidarität! – wie nach außen – Selbstbehauptung! – gewinnen, wenn sie diesen Übergang zu neuen Regeln selbst einleiten und betreiben würden.



## Europäische Machtpolitik

Die nach außen in Selbstbehauptung über setzte Solidarität steht auf erstaunlich stabilem Fundament – nur merken das viele in Europa noch nicht. Erstes Fallbeispiel: Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg verhängte nach Klage der Brüsseler Kommission gegen den amerikanischen Softwarekonzern Microsoft eine Konventionalstrafe in Höhe von fast einer halben

Milliarden Euro wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung in Europa. Microsoft streitet zwar weiter um die Höhe des Betrags, erkennt jedoch implizit die europäische Gerichtsbarkeit an. Grund: Auf dem größten Binnenmarkt der Welt will man nicht noch mehr riskieren.

Die Europäische Kommission untersagte im Jahr 2001 die in den Vereinigten Staaten bereits genehmigte Fusion von General Electric und Honeywell Bull, wegen einer marktbeherrschenden Machtballung. Wohlgermerkt, eine europäische Institution verbietet zwei amerikanischen Konzernen ihre strategische Entscheidung – und kommt damit durch. Wie machtlos also ist diese EU tatsächlich?

Nächstes Beispiel: Die Europäische Nachbarschaftspolitik wird all jenen Partnern der EU zuteil, die sich und ihre Politik freiwillig an ein Regelwerk binden, das Brüssel erarbeitet hat. Ziel ist ein „Ring stabiler, befreundeter Staaten“, was zuvorderst für Europas Sicherheit und Selbstbehauptung angenehmer ist als ein Ring der Krisen und Kriege. Angeboten werden Ländern von Marokko über Ägypten und Israel bis hin zu Aserbaidschan solche Vorteile wie Marktzugang oder Modernisierungshilfen, im Gegenzug werden den Vertragspartnern Reformen bei Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit abverlangt.

Das ist Machtpolitik, wenngleich die Europäer hier eilfertig ergänzen würden: auf friedliche, vernünftige und möglichst faire Weise. Auch ohne jemals Mitglied der EU werden zu wollen, unterschreiben die Partner der ENP einen Gutteil der Normen und Verfahren, die innerhalb der EU über Jahrzehnte hin entwickelt, für gut befunden und zum alltäglichen Recht einer gelebten Solidarität wurden.

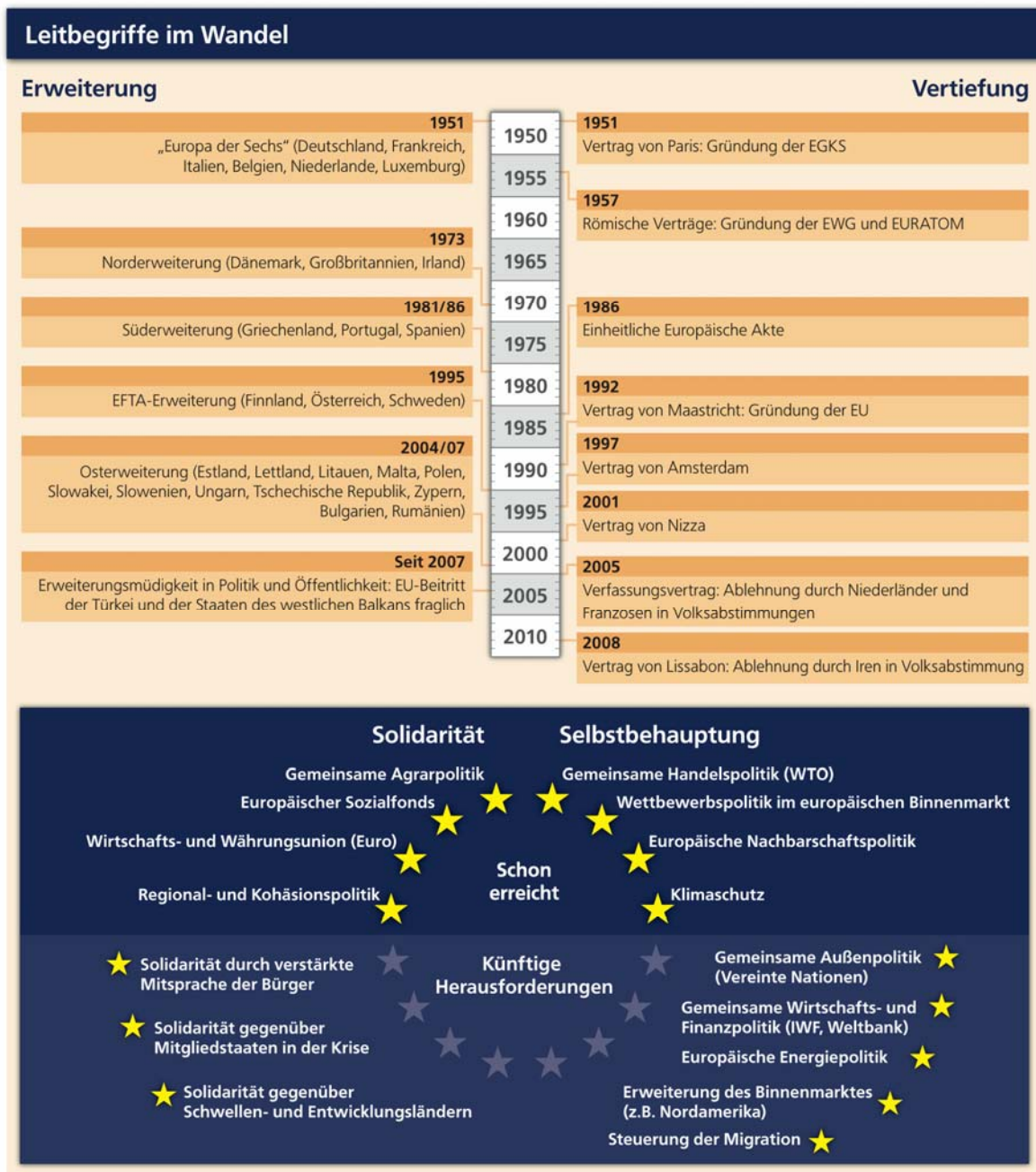
Der französische Politikwissenschaftler Zaki Laidi beschreibt die Europäische Union darum treffend als „normatives Imperium“, das inzwischen auch globale öffentliche Güter wie etwa Umwelt, Ressourcen,



Kinder (Kinderarbeitsverbote!) schütze. Gewiss ist die EU auf diese Weise am einflussreichsten, sagen wir ruhig: am mächtigsten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Doch mit ihrer Handels- und Außenwirtschaftspolitik setzt sie, wie der Oxforder Politikwissenschaftler Jan Zie-

example“ nennt Zielonka dies - „das Imperium des guten Beispiels“.

Sicher gibt es begründete Kritik innerhalb der EU, man rede gut und tue zu wenig: Aber an der erklärten Absicht, die Welt von Morgen so und nicht anders mit zu



© Bertelsmann Stiftung

lonka erläutert, längst auch global Maßstäbe. So wird die internationale Klimaschutzdebatte, Stichwort Kyoto-Prozess, maßgeblich von europäischen Standards und Zielen mit bestimmt. „Empire by

gestalten, besteht kein Zweifel. Auch Ash spricht bereits vom „silent Empire“, selbst wenn er dessen Story noch nicht zu lesen versteht. Die Ergebnisse des Londoner G-20-Gipfels zum Beispiel, die dringende

Neuordnung der internationalen Bank-, Finanz-, ja Wirtschaftswelt, waren über weite Strecken geprägt von (kontinental)europäischen Vorschlägen und Forderungen.

## IV

### Eine globale soziale Marktwirtschaft

Die Europäische Union ist ein Imperium. Zuvorderst ein rein ziviles, doch selbst wo sie militärisch aktiv wird, von Haiti über Kongo bis zum Kosovo, geschieht das nicht mit dem Ziel kriegerischer Konfrontation, zum Zwecke von Triumph oder Landnahme, sondern erklärtermaßen zur Befriedung schwelender oder offener Konflikte. Die EU ist ein Imperium ohne Kolonien, eine Militärmacht in ziviler Absicht, eine Weltmacht ohne Machtgelüste.

Das Wort vom Imperium mag manche Europäer und besonders deutsche Ohren überraschen oder schockieren, schließlich überzogen europäische Herrscherhäuser und Nationen den ganzen Globus Jahrhunderte lang mit imperialem Waffengegöse und mit Händlergier. Heute wird niemand gezwungen, seine Politik oder Wirtschaft auf dieses neue Europa auszurichten: Aber eine wachsende Zahl von Nationen in allen Erdteilen erkennen die Vorteile, ja das Vorbild europäischer Normsetzung an. Die Golfstaaten etwa arbeiten an einer gemeinsamen Währung nach Vorbild des Euro. Der lateinamerikanische Mercosur unternimmt seit langem – doch leider mit wenig Erfolg – den Versuch, einen eigenen Binnenmarkt zu schaffen, nach europäischem Modell. Und die Asean-Mitglieder beginnen zu verstehen, dass historischer Hass am ehesten durch eine nach vorne gerichtete Kooperation überwindbar wird. Europa macht Schule.

Wie weit kann dieser Vorbildcharakter in der Zukunft reichen? Im Vertrag von Lissabon einigten sich die 27 Partner der EU darauf, das Leitbild einer sozialen Markt-

wirtschaft festzuschreiben. Mit der Weltkrise, die ja nicht nur die Wirtschaft, sondern gerade auch die Werte in einen Strudel reißt, scheint deren Stunde gekommen. Alle Verfechter einer „reinen“, auf regellosem Raubbau aller Ressourcen, gerade auch der Menschen, aufbauenden Marktwirtschaft haben mittlerweile einen schweren Stand. Sicherlich ist innerhalb der EU stets um den genauen Anspruch und Inhalt der sozialen Marktwirtschaft gestritten worden, erst recht nach der Erweiterung von 2004. Das wird auch weiter so bleiben. Gerade die Deutschen sollten da als Miterfinder dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht zu selbstsicher auftreten, die Skandinavier etwa haben im vergangenen Jahrzehnt vorgemacht, wie eine soziale Marktwirtschaft erneuert werden muss, will sie ihren Kredit und ihre Kraft nicht verspielen.

### „Die Chancen für eine globale soziale Marktwirtschaft sind groß.“

Aber gleichwohl war die Chance für eine globale soziale Marktwirtschaft noch nie so günstig wie jetzt. Dabei müssen sich die Europäer freilich hüten, die frohe Botschaft im Stile von Missionaren in die Welt zu tragen. Das kennen wir schon, wird man dort gereizt abwinken. Schon jetzt gefällt sich etwa Moskau in der demonstrativen Ablehnung sogenannter westlicher, europäischer Werte. Auch China hält sehr auf eigene Traditionen.

Die Europäer sollten kluger Weise weiterhin mit Geduld zu überzeugen suchen: Eine soziale Wirtschaft brauchen langfristig auch Indien, Russland, China, wenn dort morgen nicht ganze Gesellschaften am Erfolg der wenigen zerschellen sollen. Diese aufstrebenden, ehrgeizigen Nationen werden sich bei sozialen Reformen nicht eins zu eins am europäischen Modell orientieren, aber sie werden alle dort zu lernen versuchen.

Womit die wohl folgenreichste und am häufigsten unterschätzte Herausforderung

der Globalisierung für Europa beim Namen genannt wäre: Der Aufstieg des Rests der Welt, mit den Worten des US-Publizisten Fareed Zakaria „The Rise of the Rest“. Weder Europa noch das transatlantische Ge- spannen bestimmen länger allein Gestalt und Gang der Welt.

## V

## Die neue Weltordnung

Die eurozentrische Welt ist heute passé, endgültig, und die transatlantische Vorherrschaft des Westens auch. Der Kreis der Akteure ist rapide gewachsen und wächst weiter – Japan gehört seit langem dazu, auch Südkorea, sodann Russland, China, Indien, Brasilien, die sogenannten BRIC-Staaten; aber auch Indonesien, Mexiko, Südafrika, die Staaten am Golf. Als sich Anfang April die G-20 Staaten zum Krisengipfel in London trafen, da bedeutete allein schon das formale Arrangement den Abschied von der alten Welt, vielleicht brachte es sogar schon eine Formel für die neue, heutige Welt.

„The Rise of the Rest“ bringt nicht nur geografisch oder politisch neue Umgangsformen, neue Rangordnungen: Er verlangt gerade den Europäern eine ganz andere mentale Einstellung ab. Vor allem wir im Norden müssten umdenken, forderte Bundespräsident Horst Köhler in seiner Berliner Rede: Er zielte dabei nicht nur auf die Gerechtigkeitsfrage, auf ungleiche Verteilung aller Ressourcen. Köhler stellte die „Globale Soziale Frage“ und auch die Frage nach einem Ethos der Weltgemeinschaft. Seine Antwort könnte ein Grundgesetz europäischer Weltpolitik liefern im Umgang mit den Neulingen – von denen manche auf eine jahrtausendelange Geschichte zurückblicken. Köhler: „Wir wol-

len andere in Zukunft nur so behandeln, wie wir selbst behandelt werden wollen.“

Im Herzen Europas begründete dieser Satz eine Erfolgsgeschichte: Wechselseitiger Respekt trug dort die ursprüngliche Sechsergemeinschaft der EWG zur heutigen Union der 27 und mehr Mitglieder. Respekt schlug sich in gemeinsamen Regeln nieder und in wachsender Stärke. Die EU ist längst ein weltpolitischer Akteur von Rang: Größter Handelsblock, größter Geber von Entwicklungshilfe, mit dem Euro einstweilen zweite Reservewährung der Welt, zudem Krisen- und Konfliktschlichter auf vier Kontinenten.

Zugegeben, das nötige weltpolitische Instrumentarium der EU für ihre neue Rolle ist noch im Entstehen begriffen. Das europäische Selbstverständnis ebenso wie das strategische Denken hinkt den Tatsachen hinterher. Anders als für die Vereinigten Staaten, China, Indien oder Russland beginnt freilich für die EU ihre Welt nicht da hinten, sondern an der eigenen Türschwelle. Im Umgang mit Nachbarn von Marokko bis Aserbaidschan muss Europa sich behaupten und beweisen, dass seine Weltpolitik des 21. Jahrhunderts in Form und Substanz endgültig von der alten europäischen Expansionspolitik früherer Jahrhunderte Abschied genommen hat.

Nach den Jahrzehnten der nötigen und erfolgreichen Neuordnung Europas muss sich künftig der Blick auf den ganzen Globus richten. Die passende Story dafür ist gefunden: Solidarität und Selbstbehauptung treiben sie voran und öffnen den Blick für eine Welt, die auch nach europäischen Erfahrungen neu und besser zu ordnen ist.

**Weiterführende Literatur:**

Zaki Laidi: La norme sans la force. L'énigme de la puissance européenne. Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques. Paris 2008

Jan Zielonka: Europe as a Global Actor: Empire by Example?, in: International Affairs, 84 (2008) 3, S.471-484

T.G. Ash: Today's European Union is 27 states in search of a story, *The Guardian*, 4. Januar 2007

Annegret Bendiek/Livia Schroedel/Mitja Sienknecht: Die EU als imperiale und hegemoniale Macht. SWP-Zeitschriftenschau 1/Januar 2009

Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. C.H.Beck, München 2009

Fareed Zakaria: The Post-American World. Verlag W. W. Norton, New York 2008

Horst Köhler: Berliner Rede 2009

**V.i.S.d.P.**

Bertelsmann Stiftung  
Carl Bertelsmann Straße 256  
D-33311 Gütersloh  
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Dominik Hierlemann  
dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de  
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme  
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de  
Telefon +49 5241 81 81421

**Zuletzt erschienen:**

**Spotlight europe # 2009/03**  
Roma Integration in Europe – Mission  
(Im)possible?  
*Hermína Emiryán*

**spotlight europe # 2009/02**  
Waffenstillstand in Gaza: Aber was kommt  
danach?  
*Christian-Peter Hanelt*

**spotlight europe # 2009/01**  
Der Kosovo vor unsicherer Zukunft  
*Johanna Deimel, Armando García Schmidt*